

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe März 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Sergej W. Lawrow: Eine gefährliche Situation**
- **Gabriele Krone-Schmalz: "Es ist höchste Zeit für eine neue Entspannungspolitik"**
- **Tilo Gräser: Russlands eigene Wege mit BRICS – Grund für Frust im Westen**
- **Marcus Papadopoulos: Das Entscheidungsjahr 1991: Der Untergang Jugoslawiens und der Sowjetunion**
- **Christoph Butterwegge: Argumente gegen das "emanzipatorische Grundeinkommen" ...**
- **Silke Bothfeld: Mit dem Grundeinkommen gegen den Sozialstaat?**
- **Heinz Schammert: Bürgergenossenschaften - für den generationsübergreifenden Zusammenhalt in der Kommune**
- **David Signer: Wie Spenden und Schmuggel die Textilindustrie in Afrika ruinieren**

Zitat des Monats von [Immanuel Kant](#) (Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?, 1784):

... Es ist so bequem, unmündig zu sein.
Habe ich ein Buch, das für mich Verstand hat,
einen Seelsorger, der für mich Gewissen hat,
einen Arzt, der für mich die Diät beurteilt, u.s.w.,
so brauche ich mich ja nicht selbst zu bemühen. ...

Editorial

Die feindselige Propaganda gegen **Russland** bestimmt weiterhin die Tagespresse. Wir dokumentieren deshalb die Rede, die der russische Außenminister bei der Münchener Sicherheitskonferenz gehalten hat und erläutern das Thema mit Ausführungen der Russlandkennerin Frau Krone-Schmalz. Ein Bericht über Entwicklungen bei den **BRICS**-Staaten weitet den Blick auf die geostrategische Lage, die sich auch im Zuge dieser Auseinandersetzungen entwickelt. Dazu gehört ein historischer Rückblick auf die **Zerschlagung Jugoslawiens**, die den Beginn einer globalen gewalttätigen Neuordnung durch den Westen markiert hat.

Ein weiteres Thema ist die Diskussion um ein **bedingungsloses Grundeinkommen**, das immer wieder in die innenpolitische Diskussion eingeführt wird. Ist das ein vernünftiges Konzept? Wir wollen anregen darüber nachzudenken, was dies bedeuten würde und wer daran eigentlich ein Interesse haben kann. Eine Alternative im Sinne einer guten Versorgung hilfsbedürftiger Menschen zeigt ein Bericht über die Aktivitäten einer **Bürgergenossenschaft** auf kommunaler Ebene.

Am Ende wird wieder ein Blick auf **Afrika** gerichtet, wo gut gemeinte Taten der Bürger in Deutschland zu nicht gut gemachten Entwicklungen vor Ort führen.

[Inhalt ↑](#)

• Sergej W. Lawrow: **Eine gefährliche Situation**

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz beklagte der russische Außenminister Sergej W. Lawrow die aggressive Politik gegenüber seinem Land und rief zu mehr Zusammenarbeit auf. Denn die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg und dem anschließenden Kalten Krieg sollte "den Völkern Europas für immer die Überzeugung vermittelt haben, dass es zur Errichtung eines 'gesamteuropäischen Hauses' ohne Trennlinien, ohne die Scheidung seiner Bewohner in 'unsrige' und 'fremde', keine Alternative gibt". Aber selbst das Integrationsprojekt EU ignoriere dies. Vielmehr nehme die EU seit der Mitte der 1990er Jahre die Haltung eines Lehrers gegenüber Russland ein.

Lawrow beklagt, dass die NATO trotz gegenteiliger Zusagen nach Osten vorgedrungen ist und dort Kampfeinheiten stationiert, ihre Infrastruktur erweitert, militärische Übungen durchführt sowie ein Raketenabwehrsystem errichtet, das die strategische Stabilität untergräbt. Durch zielgerichtete Propaganda werde in der westlichen Gesellschaft eine feindselige Stimmung gegenüber Russland geschürt. "Bedauerlicherweise halten die Versuche der EU an, die Länder in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Russland, sei es im Raum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) oder auf dem Balkan, vor die Wahl zwischen dem Westen oder dem Osten zu stellen.

Lawrow betont, [Russland habe "seine Einstellung zur Zusammenarbeit mit der EU nicht geändert](#). Wir möchten uns eng mit ihr verbunden sehen, basierend auf den grundlegenden Interessen ihrer Mitgliedsländer". ... "Es ist im Interesse Russlands und von großer Bedeutung, dass Russland, die EU, die USA und China bei der Schaffung einer Sicherheitsarchitektur zusammenarbeiten. ... Es ist an der Zeit, ... gemeinsam an der Erneuerung eines Systems internationaler Beziehungen auf fairer Basis zu arbeiten, gestützt auf die zentrale koordinierende Rolle der Vereinten Nationen und deren Charta. Russland ist offen für eine gleichberechtigte und

respektvolle, auf einem Interessenausgleich basierende Zusammenarbeit mit der EU, für ein gemeinsames Vorgehen bei der Suche nach effektiven Antworten auf die Herausforderungen der heutigen Zeit. Auf den gleichen Prinzipien sind wir bereit, unser Verhältnis mit den USA und anderen Ländern zu gestalten.“

[Sergei Wiktorowitsch Lawrow](#), Jg. 1950, [studierte](#) am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), der Kadenschmiede für Generationen von Sowjetdiplomaten; war bis 2004 russischer Diplomat in verschiedenen Positionen, ist seit März 2004 Außenminister der 'Russischen Föderation'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gabriele Krone-Schmalz: **“Es ist höchste Zeit für eine neue Entspannungspolitik“**

Marcus Klöckner interviewt [Krone-Schmalz über die angesprochenen Beziehungen zu Russland](#), über Schief lagen in der journalistischen Berichterstattung und über die Möglichkeiten, die zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Russland führen könnten. Gabriele Krone-Schmalz kann geradezu hysterische Zustände erkennen, wenn es darum geht, sich der Dämonisierung Russlands entgegenzustellen. In den USA sei es mittlerweile so schlimm, dass “jeder Kontakt“ zu Russland sofort unter einen “Generalverdacht“ gestellt werde – wie in der McCarthy-Ära.

Wolfgang Bittner wäre schon froh, wenn es einen [Aufschrei, eine Empörung und die Frage nach der Legitimation](#) bei westlichen Politikern und Medien gäbe, wenn es z.B. um die Sanktionen gegen Russland geht.

Gabriele Krone-Schmalz (ehem. Moskau-Korrespondentin und Moderatorin der ARD) tritt seit Jahren [für gute Beziehungen zu unserem Nachbarn Russland](#) ein. In ihrem Vortrag auf der IALANA Medientagung referiert sie über die Konfrontationspolitik gegenüber Russland und die Rolle, die die Medien dabei spielen. (Video, 0h28)

[Gabriele Krone-Schmalz](#), Jg. 1949, [studierte Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaften und Slawistik](#); deutsche Fernsehjournalistin und Autorin, Mitglied im 'Petersburger Dialog' und im Kuratorium 'Deutsch-Russisches Forum'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Tilo Gräser: **Russlands eigene Wege mit BRICS – Grund für Frust im Westen**

Im Interview mit Tilo Gräser gibt der Ex-Diplomat Wolfgang Grabowski eine Einschätzung zu Russlands Verhältnis mit der BRICS:

Demnach bedurfte es nicht der sofortigen NATO-Osterweiterung, damit [Russland erkennt, dass der Westen nicht mit dem im Kalten Krieg unterlegenen Land auf gleicher Augenhöhe verhandeln wollte](#). Einerseits wurde 1996 mit Jewgenij Primakow ein Politiker zum Außenminister ernannt, der “gegen den Widerstand des Kremls und des Westens einen strategischen Kurswechsel einleitete“. Primakow orientierte die Außenpolitik wieder an den Interessen Russlands. Seine Nominierung war auch eine Reaktion auf die Aktivitäten der NATO und der Beginn eines selbstbewussteren Kurses in Moskau zu mehr Eigenständigkeit.

Mit diesem strategischen Kurswechsel wandte sich das vor allem in Europa verankerte Russland den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken und den aufstrebenden Ländern des Südens und Ostens zu. Insbesondere mit China wurde eine strategische Partnerschaft aufgebaut, was in Folge zur Gründung der BRICS-Organisation (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (von Russland, China und Indien gegründet) führte. Die Solidarität der BRICS gibt Russland starken Rückhalt, auch wenn alte Ressentiments gegen China spürbar sind oder Indien sich den Ränkespielen der USA nicht

entzieht. Für Russland soll die Kooperation mit der BRICS die Kooperation mit dem Westen nicht ersetzen oder erschweren.

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, *Diplom-Journalist*, seit März 2017 *Redakteur und Korrespondent für sputniknews*, zuvor *Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher*; *Schwerpunkte sind Politik und Soziales*. (Red.)

[Wolfgang Grabowski](#), *Botschafter a.D.*, war als *DDR-Diplomat u.a. in der Sowjetunion und Syrien tätig*; leitete in den 2000er Jahren lange Zeit das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Marcus Papadopoulos: Das Entscheidungsjahr 1991: Der Untergang Jugoslawiens und der Sowjetunion**

Goldene Zeitalter hat es noch nie gegeben, die Welt war aber auch noch nie so aus den Fugen wie heute. In den letzten Jahren wurden in Osteuropa, im Mittleren Osten und in Nordafrika zahlreiche Staaten vollkommen destabilisiert, und in blutigen Massakern haben hunderttausende Menschen ihr Leben verloren. Verursacht wurde diese Destabilisierung vor allem von der Außenpolitik der USA und Großbritanniens.

[In Jugoslawien begann die vom Westen betriebene Interventionspolitik](#); unter Führung der USA setzte sich die NATO über das Völkerrecht hinweg, um unter dem Banner der Humanität angeblichen Völkermord zu "verhindern". Das Eingreifen des Westens in Jugoslawien war der Katalysator für anschließende Interventionen in der ganzen Welt. Diese Interventionen dienten nur dazu, die globale Vorherrschaft der USA unter Nutzung von Terroristen, die auch aus dem Ausland herbeigeschafft wurden, und von Propaganda zur Verteufelung des politischen Gegners zu sichern.

So diffamieren die Regierungen der USA und Großbritanniens und die westlichen Medien auch heute noch jeden, der die offizielle Version der Vorkommnisse in Srebrenica infrage stellt, weil der angebliche "Genozid" bis heute zur Rechtfertigung der "humanitären Intervention" des Westens in Bosnien gebraucht wird. Der Autor bezweifelt nicht, dass in Srebrenica Kriegsverbrechen gegangen wurden, aber er legt auch dar, dass kein Genozid stattfand. Papadopoulos legt auch dar, dass die westliche Darstellung die Verbrechen der von Srebrenica aus operierenden muslimischen Truppen unter Führung des berüchtigten Naser Oric verschwiegen werden. - *Eine detaillierte Widerlegung der "offiziellen" Darstellung zu Srebrenica gibt Alexander Dorin z.B. [im Interview mit Kaspar Trümpy](#) bzw. [im Interview mit Ardasir Parse](#) (hier bitte auch die Interviews 1-10 beachten) bzw. [im Interview mit tvxs.gr](#) (Video, 0h38)*. (Red.)

Papadopoulos beschreibt auch, wie die Medien missbraucht wurden, um über den Kosovo-Konflikt auch Rest-Jugoslawien zerschlagen zu können. Dazu behaupteten Journalisten aus den USA und aus Großbritannien, die Serben wollten die Albaner im Kosovo durch einen Genozid vernichten und hätten bereits 500'000 von ihnen bei einem Massaker von Račak umgebracht (bzw. [100'000 bis 500'000](#) als US-offizielle Angabe). Der angebliche Massenmord an albanischen Zivilisten stellte sich jedoch später als Falschmeldung heraus. Aber er diente dazu, den Serben ein nicht annehmbares Ultimatum zu stellen und damit Serbien bombardieren zu können.

Die 'Russische Föderation' als Nachfolger der 1991 untergegangenen Sowjetunion war unfähig, die Zerschlagung Jugoslawiens, die Bombardierung Serbiens, die Invasion in Afghanistan und im Irak, die Bombenangriffe auf Libyen, das Eingreifen in der Ukraine und die Anheizung des Konflikts in Syrien zu verhindern.

[Marcus Steven Papadopoulos](#), Jg. 1978, *britischer politischer Journalist und Kommentator, der sich auf Russland und den Rest der ehemaligen Sowjetunion, das ehemalige Jugoslawien, Syrien und die britische Politik spezialisiert hat*; *Gründer und Herausgeber des überparteilichen Magazins 'Politics First'*. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christoph Butterwegge: **Argumente gegen das “emanzipatorische Grundeinkommen“ ...**

Auf den ersten Blick hat das “emanzipatorische Grundeinkommen“, das die ‘Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen‘ der Linken erarbeitet hat, zweifellos etwas Bestechendes: Statt wie im deutschen Wohlfahrtsstaat nur diejenigen Menschen durch eine spezielle Transferleistung aufzufangen, die weder über ein ausreichendes Erwerbseinkommen noch über Leistungsansprüche aus dem Versicherungssystem verfügen, sollen alle Bürger ohne Ansehen der Person, ohne “Arbeitszwang“ und ohne besonderen Nachweis in den Genuss einer finanziellen Zuwendung gelangen, die zur Sicherung ihrer Existenz und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausreicht. [An die Stelle eines gleichermaßen komplexen wie komplizierten Wohlfahrtsstaates](#) würde ein sozialpolitischer Universaltransfer treten, der keiner Kontrollbürokratie mit ihren ausufernden Sanktionsmechanismen bedarf.

Sieht man bei diesem Konzept eines ‘Bedingungslosen Grundeinkommens‘ (BGE) genauer hin, fallen jedoch gravierende Nachteile ins Auge, die damit einhergehen: Das BGE würde mit der Konstruktionslogik des bestehenden, früher als Jahrhundertwerk gefeierten Wohlfahrtsstaates brechen sowie seine ganze Struktur zerstören. Zudem ist zu bedenken: Erhält jeder Bürger das BGE, so sind die zu bewegendenden Finanzbeträge ein Vielfaches des Bundeshaushalts von ca. 300 Mrd. Euro und damit utopisch. Wird das BGE wohlhabenden und reichen Bürgern abgezogen, bleibt über die Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Kontrolldruck.

Dr. Butterwegge macht darauf aufmerksam, dass eine Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip keine Bedarfsgerechtigkeit zu schaffen vermag. Realisierbar sei ein BGE nur mit einem Grenz- und Migrationsregime, das noch rigider sein müsste als das Regime von Hartz IV.

Zudem sei zu beachten, dass das Problem der sozialen Ausgrenzung der Armen bestehen bliebe, selbst wenn Erwerbslose durch ein Grundeinkommen materiell besser abgesichert wären. [Denn in einer Arbeitsgesellschaft hängen Lebenszufriedenheit, sozialer Status und Selbstwertgefühl an der Tätigkeit in einem Beruf.](#)

Ein BGE würde an der sozialen Ungleichheit, am Niedriglohnsektor und der Kluft zwischen Arm und Reich nichts Wesentliches ändern. Daher plädiert Butterwegge stattdessen [dafür, den bestehenden Sozialstaat fortzuentwickeln](#), z.B. durch eine solidarische Bürgerversicherung, der Besserverdienende nicht ausweichen können, sondern sich ihrer finanziellen Verantwortung für schlechter gestellte Mitbürger stellen müssen.

[Christoph Butterwegge](#), Jg. 1951, bis 2016 Professor für Politikwissenschaft, Armutsforscher und Mitglied der ‘Forschungsstelle für interkulturelle Studien‘ (FiSt). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Silke Bothfeld: **Mit dem Grundeinkommen gegen den Sozialstaat?**

Auch Silke Bothfeld hat eine Reihe von sozialpolitischen Einwänden gegen das ‘Bedingungslose Grundeinkommen‘ (BGE). So liegen die Ursachen für die wachsende soziale Ungleichheit und die zunehmende Beschäftigungsunsicherheit nicht im Sozialsystem als solchem, sondern in seiner Erosion. Der [Schutz vor Armut sei mit dem BGE nicht zu lösen](#), da es die entscheidenden Ursachen von Armut und sozialer Exklusion nicht bekämpft und keine nachhaltige Erwerbsteilhabe und die damit verbundene persönliche Entfaltung, Sinnggebung oder die Strukturierung sozialer Zeit bringt. Daher sei es unrealistisch den Erwerbszwang abzuschaffen.

Zudem würde die Einführung eines BGE die gesellschaftliche Solidarität aushöhlen und die soziale Ungleichheit verstärken. Eine Finanzierung eines BGE sei nur über Steuererhöhungen möglich und damit nicht durchsetzbar. Statt uns auf die Einführung eines BGE zu konzentrieren, sollten wir nach Bothfeld das Vertrauen in den deutschen Sozialstaat stärken.

Ob die von [Anne Coote](#), die die Bedenken gegen das BGE teilt, dargestellte Idee der “Universellen Grundlegenden Dienstleistungen“ (UGD) wirklich zur Lösung des Problems der Ungleichheit in unserer Gesellschaft beiträgt, ist zweifelhaft. Denn auch mit dem UGD mit seinem

kostenlosen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen werden die Ursachen der Ungleichheit nicht beseitigt und die schlechter gestellten Mitbürger bekommen darüber keine Rolle, kein Gewicht in der Gesellschaft. (Red.)

[Silke Bothfeld](#), Jg. 1968, Politik- und Sozialwissenschaftlerin, Professur an der Universität Bremen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Heinz Schammert: **Bürgergenossenschaften - für den generationsübergreifenden Zusammenhalt in der Kommune**

Zwei Jahre intensiver Vorbereitung und monatlicher Treffen hat es gebraucht, bis die 'Bürgergenossenschaft Weingarten' gegründet war. Damals entstand die [Idee, Menschen in einer Genossenschaft zusammen zu bringen](#), damit sie sich je nach Bedürfnis und Lebenssituation gegenseitig unterstützen können. Durch die vielfältigen beruflichen Werdegänge und Erfahrungen der Mitglieder dieser Bürgergenossenschaft kann ein breites Spektrum an Hilfeanfragen abgedeckt werden. Bedienungsanleitungen oder moderne Technik zu erklären, ist neben dem direkten Sachbezug immer eine Gelegenheit, sich mit jemandem zu treffen, und es bleibt Zeit für ein Gespräch.

Grundsätzlich verpflichtet die Mitgliedschaft bei der Bürgergenossenschaft die Mitglieder nicht zu Hilfeleistungen. Die Mitglieder entscheiden selbst, auf welche Art, in welchem Umfang und zu welchen Zeiten sie Hilfe leisten können und möchten. Es gibt Mitglieder, die auf Grund ihrer persönlichen Situation nur Leistungen in Anspruch nehmen können, und solche, die zunächst nur Leistungen erbringen möchten. Dabei ist es gleichwertig, ob jemand Hilfe im Garten oder beim Ausfüllen von Behördenanträgen leistet oder einen Fahrdienst ausführt – oder im nachstehenden Beispiel mitarbeitet:

Eine gebrechliche Frau lebte allein im ersten Obergeschoss ihres Hauses in der Ortsmitte. Sie konnte die Treppe nicht mehr heruntergehen, so dass sie in ihrer Wohnung gefangen war. Die beiden Töchter leben weit entfernt und sind beide beruflich sehr eingespannt. Sie konnten ihre Mutter nicht dazu bewegen, in ein Altenheim zu ziehen, und waren in einem schweren Konflikt. Denn die Unterstützung, die die Mutter brauchte, konnten sie nicht geben, ohne ihren Beruf aufzugeben.

Über eine Nachbarin, die diese schwierige Situation mitbekam, kam der Kontakt zur Bürgergenossenschaft zustande. Deren Vorsitzender besuchte die Frau und erläuterte ihr die Arbeit. Die Dame wurde Mitglied und erhielt dann über einen Zeitraum von neun Monaten von einer Gruppe von fünf Frauen, die sich täglich abwechselten, jeweils zwei Stunden Hilfe am Tag. Die Frauen räumten die Wohnung auf und machten Besorgungen, kochten ihr ein warmes Essen und leisteten ihr Gesellschaft. Sie halfen ihr auch auf die Toilette. Aber als die Frau immer pflegebedürftiger wurde, informierte die Genossenschaft die Sozialstation, die dann die pflegerischen Tätigkeiten übernahm. Die fünf Frauen von der Bürgergenossenschaft leisteten jedoch weiterhin die Unterstützung im Haushalt bis zum plötzlichen Tod der Pflegebedürftigen.

Solche "Dienste" sind nicht leicht, sind aber durch die menschliche Beziehung, die entsteht, und die Freude daran für beide Seiten gleichermaßen bereichernd. Und sie sind wie in diesem Fall erfolgreich, weil es gelungen ist, mit der örtlichen Sozialstation und dem ansässigen Altenpflegeheim eng zusammen zu arbeiten. Erkennt der Helfende im Rahmen seiner Unterstützungstätigkeit, dass die von ihm unterstützte Person pflegebedürftig wird und Pflege benötigt, wird der Kontakt zur Sozialstation hergestellt.

[Heinz A. Schammert](#) ist erster Vorsitzender der Bürgergenossenschaft Weingarten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- David Signer: **Wie Spenden und Schmuggel die Textilindustrie in Afrika ruinieren**

“Wer Altkleider an einer Sammelstelle abgibt, hat das Gefühl, etwas Gutes zu tun. Man stellt sich vor, dass die Hosen oder T-Shirts armen Afrikanern zugutekommen, die sich keine neuen Kleider leisten können. Nun haben die Regierungen von mehreren ostafrikanischen Ländern wie Tansania, Uganda und Rwanda entschieden, dass sie keine Secondhand-Klamotten mehr wollen, weil durch diese “Spenden“ die heimische Textilindustrie sabotiert werde. Sie wollen die Einfuhrzölle erhöhen, um den Import zu erschweren. Bis 2019 soll er ganz eingestellt werden. Die USA haben gegen die neuen Importhürden protestiert und drohen mit Gegenmaßnahmen.

Dies zeigt, dass die [Altkleidersammlung nichts mit humanitärer Hilfe zu tun](#) hat, sondern ein großes Geschäft geworden ist. Die Altkleider werden in Afrika nämlich nicht gratis abgegeben, sondern verkauft.... Dadurch wurde zum Beispiel die lokale Produktion in Nigeria so gut wie zerstört. In den achtziger Jahren gab es noch 175 Textilfabriken, wobei die Stadt Kaduna das Zentrum der Produktion darstellte. 2010 verblieben noch 25, von denen viele inzwischen ihre Kapazität stark heruntergefahren haben. Von 350'000 Arbeitern sind heute noch 25'000 in der Branche tätig. Laut [Reporter Tom] Burgis besteht der Markt zu 85% aus Importen, obwohl die Einfuhr von Textilien eigentlich verboten ist.“

Dieser Artikel, im Original ausführlicher, ergänzt unseren Beitrag aus der Februar-Ausgabe zu den Zerstörungen, die der Westen, aber auch China, in Afrika anrichten – oft ohne Wissen und in bester Absicht der Beteiligten. Vielleicht sollten wir unsere abgelegten Kleider besser an Personen hier geben, die wir kennen. (Red.)

[David Signer](#), Jg. 1964, studierte Ethnologie, Psychologie und Linguistik, promovierte über Ethnopschoanalyse; [Autor mehrerer Bücher](#); war Redakteur bei Tages-Anzeiger, ‘Weltwoche’, NZZ; ist heute NZZ-Korrespondent in Dakar; Schwerpunkte: Flüchtlingswesen, Naher Osten, Ost- und Westafrika. (Red.)

[Inhalt](#) ↑